

Offener Brief an alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Europäischen Parlaments

Sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten,

wenn Sie demnächst in das EP gewählt werden sollten, werden Sie in absehbarer Zeit über zwei internationale Verträge abstimmen müssen: die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP). Aus unserer Korrespondenz mit Mitgliedern des Bundestages und auch des EP wissen wir, dass viele Abgeordnete zwar einerseits Kritik an diesen Abkommen haben, jedoch andererseits große Chancen darin sehen, weshalb sie glauben, ihnen zustimmen zu müssen, nachdem diese Kritikpunkte ausgeräumt sind – so z.B. die Investorenschutzkapitel (ISDS) oder die Gefahr, dass demnächst Hormonfleisch oder Chlorhühnchen auf unseren Tellern landen könnten.

Was aber noch kaum erkannt wird ist die Tatsache, dass besonders TTIP die Demokratie beiderseits des Atlantiks in irreparabler Weise unterminieren würde, und zwar aus folgendem Grund:

Der TTIP-Vertrag soll ein sogenanntes „**living agreement**“ werden, also ein für künftige Entwicklungen offenes Abkommen. Das bedeutet: Alles, was Parlamente oder die Öffentlichkeit jetzt nicht akzeptieren würden, wird verlagert in einen „**regulatory cooperation council**“, einen transatlantischen „Regulierungsrat“, der ab Vertragsabschluss kontinuierlich tagen soll, mit dem Ziel, nicht nur bestehende "Handelshemmnisse" nachträglich zu eliminieren, sondern auch zu verhindern, dass neue (z.B. demokratisch gewollte Standards) beschlossen werden können. Mit dem Mittel der „regulatorischen Harmonisierung“ sollen gegenseitige Anerkennungen von Standards durchgesetzt und **bestehende Gesetze (!) überarbeitet** werden.

(Quelle: [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-564 de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_de.htm))

Die jüngste Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, dass der Einfluss von Groß Spendern auf Politik und Politiker/innen rechtmäßig ist, könnte sogar zur Folge haben, dass in diesem Regulierungsrat nicht nur – wie beabsichtigt – Behördenvertreter/innen (und nicht etwa Parlamentarier/innen!), sondern zumindest seitens der USA auch Konzerne mit am Tisch sitzen. Das wird es internationalen Großkonzernen ermöglichen, sehr früh in Gesetzgebungsverfahren mit einem Mitspracherecht eingebunden zu werden – und zwar lange bevor Parlamente die Vorschläge zu sehen bekommen. Auch die Konzernlobby in der EU würde diesen Hebel nutzen, um bestehende „Handelshemmnisse“ zu beseitigen und z.B. neue Verbraucherschutzgesetze zu verhindern.

Das bedeutet de facto eine Entmachtung der Parlamente, also auch Ihre Entmachtung, falls Sie Abgeordnete/r werden sollten.

Eine **weitere, indirekte Entmachtung der Gesetzgeber** könnte aus den Investorenschutzklauseln (ISDS) sowohl in CETA als auch in TTIP folgen: Parlamente könnten zur Vermeidung möglicher Investorenklagen auf Schutznormen im Interesse der Menschen verzichten. **Die Abschaffung von ISDS nur im TTIP Abkommen ist keine Lösung:** Dieses Sonderklagerecht gibt es bereits hundertfach in anderen, bilateralen Investitionsschutz-Abkommen (BITs). Es gibt weltweit etwa 3000 BITs, davon entfallen 1200 auf EU-Mitglieder, Deutschland hat alleine 131 solcher bilateralen Verträge.

Konzerne sowohl der USA als auch der EU würden nicht ohne weiteres zulassen, dass ihnen weniger Investorenrechte zugestanden werden als Konzernen anderer Staaten in schon existierenden Handelsabkommen der EU. Darüber hinaus könnten US-Konzerne, wenn der Investorenschutz in TTIP tatsächlich gestrichen würde, über Tochterfirmen in anderen Ländern dennoch gegen EU-

Staaten klagen. Insofern ist die „Beratungspause“, die Handelskommissar de Gucht jetzt zum Thema Investorenschutz eingerichtet hat, reine Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

Das TTIP-Abkommen wie auch jedes Handelsabkommen, das als „living agreement“ konzipiert ist oder ISDS enthält, muss also abgelehnt werden, bestehende Verträge dieser Art müssen gekündigt werden!

Auch möchten wir auf Ihre mögliche Befürchtung eingehen, dass bei Ablehnung solcher Abkommen versprochene Chancen verpasst werden könnten: Sehen Sie in den so gerne zitierten 545 Euro pro Familie, die die Befürworter als Bestfall errechnet haben, tatsächlich einen nennenswerten Vorteil, obwohl sich diese Zahlen auf 10 Jahre beziehen und deshalb nicht einmal 0,05% jährliches Wachstum bedeuten?

Was die Realität angeht, müssen wir die zwanzigjährige Erfahrung mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexico von 1994 betrachten. Versprochen waren mehrere hunderttausend Arbeitsplätze und Vermehrung des Handels. Dennoch hat NAFTA ganz überwiegend zu Arbeitsplatzabbau und massiver Ausweitung des Niedriglohnssektors geführt. Beim Handel ist die positive Voraussage zwar eingetreten, jedoch wurden gleichzeitig mehr als eine Million Arbeitsplätze abgebaut. Konzerne haben nämlich Arbeitsplätze in die beiden anderen Staaten ausgelagert, dadurch gingen in den USA etwa 800.000 Jobs verloren, in Mexico ca. eine Million. Gleichzeitig wurde das Kernprodukt der mexikanischen Grundnahrung, nämlich Mais nach Mexico exportiert und große Agrarfirmen dort aufgebaut, so dass die Kleinbauern in Mexico nahezu eingegangen sind. Gewonnen haben also nur die Konzerne, die Menschen haben verloren!

Halten Sie die Bewahrung der Demokratie nicht für wichtiger als die Steigerung der Gewinne von Großkonzernen, bei denen die Mehrheit der Menschen verlieren würde?

Wenn ja, dann müssen wir Sie eindeutig bitten: lehnen Sie künftig alle solche Handelsabkommen generell ab!

Barbara Volhard, Stadtrat Dr. med. Lothar Schuchmann, Stadträtin Irene Vogel, Stadtrat Hendrijk Guzzoni, Stadtrat Michael Moos, Dagmar Große, Peter Jehn, Markus Wichmann, Prof. Dr. Hans Peter Herrmann, Martina Herrmann, Gitta Walchner, Jürgen Rombach, Dr. Edgar Fürst, Ernst Thieme, Johanna Thieme, Dr. Christoph Lienkamp, Prof. Dr. Rüdiger Scholz, Pfarrerin Angelika Büchelin, Gianfranco Rizzuti, Dr. Bernd Wagner, Wolfgang Rohm, Heidrun Maitreau, Rita Stoephasius, Dagmar Stoephasius, Martina Hocke, Ulrike Schnepfenhorst, Diplom-Volkswirt Rüdiger Stegemann, Helga Kuhnert, Nikolaus Gailer, Anne Floquet, Jean Floquet, Thomas Vitallowitz (ver.di Ortsverein Freiburg, Vorsitzender), Norbert Hahn, Richter a.D., Dr. med. Thomas Szczeponik, Dr. ing. Gabi Dierdorf, Dr. Georg Löser, Jaime Gonzalez, Maria-Luisa Werne, Gudrun Conrad

und die folgenden Organisationen:

Attac Freiburg, Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), DGB Stadtverband Freiburg, ECOtriviva e.V. Freiburg, Eine-Welt-Forum Freiburg, Gemeinwohlökonomie Freiburg, Greenpeace Freiburg, Linke Liste-Solidarische Stadt, Menschenrechte 3000, Runder Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg, Seeds Action Network (SAN Germany), Unabhängige Frauen Freiburg, ver.di Ortsverein Freiburg, Wohnen ist Menschenrecht Freiburg